

Landkreis Schwandorf

Alfred

Mittwoch, 12. Oktober 2016

Stadtrat trotz dem LEP

Der Stadtrat hat sich am Montag mehrheitlich gegen geänderte Passagen des Landesentwicklungsprogramms ausgesprochen. Eine eher wohlwollende Stellungnahme der Stadtverwaltung wurde gegen die Stimmen von CSU und Oberbürgermeister Andreas Feller geändert.

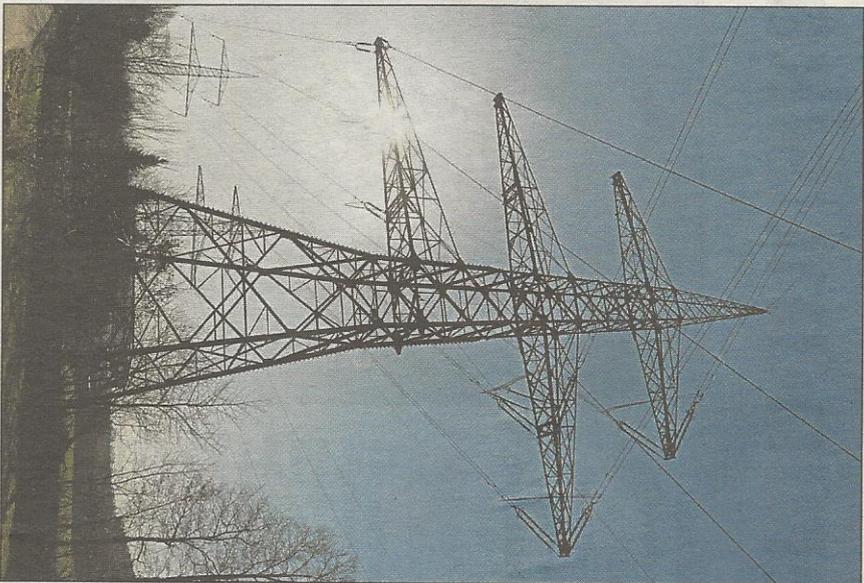
Schwandorf. (ch) Die Staatsregierung will das Landesentwicklungsprogramm (LEP) ändern. Landauf-landab werdend dazu die Kommunen gehört und sollen Stellungnahmen zu der „Teilfortschreibung“ abgeben. Die geplanten Änderungen betreffen drei Punkte.

■ Künftig soll es mehr Einstrufungen von Kommunen zu zentralen Orten geben, das gesamte Grenzgebiet zu Tschechien zum „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“ – also besseren Fördermöglichkeiten. Dagegen hatte der Rat erst einmal nichts – auch wenn Alfred Damm (ÖDP) und Franz Schindler (SPD) größeren Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen heraufzuziehen sehen.

■ Das Zersiedelungsverbot soll aufge-

weicht werden. Künftig als „Anbindegebot“ beschrieben, könnten so auch Gewerbegebiet abseits der Ortschaften, an großen Verkehrswegen entstehenden. Während CSU-Fraktionvorsitzender Andreas Wopperer meinte, das trage nur der Realität Rechnung, lehnten SPD-Chef Franz Schindler, Alfred Damm (ÖDP), Marion Juniec-Möllner (Grüne), Kurt Mieschala (UW) und Ferdi Eraslan (FW) das nicht nur aus ökologischen Gründen ab. Die Sprecher führten die drohende Landschaftszerstörung an. Damm führte auch die wirtschaftliche Konkurrenz unter den Kommunen ins Feld: „Das wird schwierig für uns“. Das Rathaus hatte die Änderung befürwortet. Auf Antrag Damms beschloss die Mehrheit den Passus, dass die bestehende Regelung beibehalten werden soll.

■ Im LEP soll der Grundsatz aufgenommen werden, dass beim Umnutzen und Ausbau der Energieinfrastruktur – also etwa Stromtrassen – bestimmte Belange des Wohnfelds, der Entwicklungsflächen der Kommunen sowie das Orts- und Landschaftsbild besonders berücksichtigt werden sollen. Der Kernpunkt, nämlich Pflichtabstände von Stromtrassen zur Bebauung, ist allerdings nur in der Begründung vermerkt. 400 Meter sollen es zu „im Zusammenhang bebauten Ortsteilen“ sein, 200 Meter im Au-



ßenbereich, also etwa zu Einödhöfen. „Wenn man das ernst nimmt, ist das das Ende der Naabrassse für den Ostbayernring“, sagte Schindler, „es sei denn, man findet eine Hintertür“. Der Sachgebietleiter Stadtplanung, Stephan Küstner, hielt die Auswirkungen auf den geplanten Ostbayernring noch nicht für absehbar. Das Verfahren für den Ersatzneubau dieser Trassen läuft bekanntlich bereits. Alfred Damm forderte, die Stellungnahme der Stadt schärfer zu formulieren.

Die Abstände von Stromtrassen zur Bebauung sollen im neuen LEP geregelt werden. Die Formulierung des Rathauses zu diesem Thema war dem Stadtrat nicht konkret genug. Die Mehrheit forderte, dass auch Bestandsstrassen wie hier in Büchelkühn aufgenommen und die Probleme ausdrücklich benannt werden. Bild: Hösammer

„Wir sind betroffen, mit dem Hotspot in Ertmannsdorf oder in Büchelkühn“, sagte Damm. Deshalb müssten auch Bestandsstrassen aufgenommen und explizit auf die Probleme hingewiesen werden.

Mit den Stimmen von SPD, FW, UW, ÖDP und Grünen wurde die geänderte Version der Stellungnahme mit 17:9 gegen die CSU beschlossen. Sie soll nun den Fraktionen zugehen, ehe sie an die Regierung geht.